



Titelthema

Standort Deutschland

Krisenmanagement im Mittelstand

Special

Energie für Großabnehmer

»Berliner Redex« 2009
Bundespräsident Horst Köhler

Länderfinanzausgleich
Ministerpräsident Oettinger

Gute Preise für Kunst
Kapitalanlage & Vermögen



Immer noch zu wenig Wettbewerb

Der Energiemarkt in Deutschland

In Deutschland erfolgt die Stromerzeugung zu fast 80 % aus Kohle, Erdgas und Kernenergie. Der stark wachsende Anteil erneuerbarer Energie erreicht gegenwärtig 15 %. Im Zuge des Atomausstiegs gehen bis 2021 alle 17 derzeit betriebenen Kernkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 20 Gigawatt (GW) vom Netz. Dadurch stehen umfangreiche Ersatzinvestitionen in der Stromerzeugung an. Weitere 20 Gigawatt Leistung müssen aufgrund veralteter Kohlekraftwerke kompensiert werden. Die Entscheidung über zeitgemäße Ersatztechnologien ist elementar und muss heute getroffen werden.

Deshalb werden wir in den nächsten beiden Dekaden zur Stromerzeugung auf fossile Energien wie Kohle und Gas angewiesen bleiben. Der Ausbau von Gas- und Dampfkraftwerken scheint zwar kostengünstig zu sein, doch die Wirtschaftlichkeit hängt sehr von der Entwicklung des Gaspreises ab. Anzunehmen ist, dass er ähnlich wie der Ölpreis langfristig auf hohem Niveau verharrt oder weiter steigt. Insofern

würde sich die Stromerzeugung aus Gaskraftwerken verteuern. Die Kohletechnologie wird wiederum nur dann eine Chance haben, wenn es gelingt, die CO₂-Emissionen einzulagern (»Carbon Capture and Storage«-Technologie, CCS). Die Subventionen der Kohletechnologie sollten daher zur Erforschung der CCS-Technologie umgewidmet werden. Eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke um zehn Jahre könnte zudem das Zeitfenster erweitern, um die erneuerbaren Energien und die CCS-Technologie wettbewerbsfähig zu machen. Freilich sollten nur solche Atomkraftwerke länger laufen, die über adäquate Sicherheits- und Umweltstandards verfügen.

Marktliberalisierung ► Deutschland hat den Strommarkt 1998 vollständig geöffnet, anders als andere europäische Länder, die ihre Energiemärkte nur teilweise und erst sehr spät dem Wettbewerb ausgesetzt haben. Dazu zählen Frankreich und einige osteuropäische Länder. Indessen wurde bei uns

nur wenig für wirklichen Wettbewerb getan. Die Politik hat große Unternehmensfusionen genehmigt und zugleich versäumt, mit der Marktöffnung eine Regulierungsbehörde einzurichten. In einem unkontrollierten Energiemarkt setzen sich freilich die großen, finanzstarken Unternehmen durch.

Die Marktkonzentration stieg seit 1998 deutlich an: Derzeit dominieren vier Anbieter den Markt, die über 80 % der gesamten Strommenge erzeugen. Der Großteil des deutschen Stromhandels findet auf bilateraler Ebene statt, während nur rund 15 % an der Leipziger Börse EEX (»European Energy Exchange«) abgewickelt werden. In diesem Zusammenhang fordert die Europäische Kommission seit geraumer Zeit mehr Wettbewerb auf dem deutschen Markt.

Seit 2006 werden die Durchleitungsentgelte von der Regulierungsbehörde kontrolliert, so dass Marktmissbrauch durch Behinderung des Zugangs zum Stromnetz der Vergangenheit angehört. E.ON und RWE haben nach Auffassung der Kartellbehörde

und der EU-Kommission eine marktbeherrschende Stellung inne. Bei alledem hat die Liberalisierung des Stromsektors die Preise nach 1998 nur temporär gesenkt. Im Wesentlichen wurde es regelmäßig teurer.

Die Komponenten des Strompreises bestehen zu ca. 25 % aus Steuern, zu 60 % aus Erzeugungs-, Transport und Vertriebskosten (davon 40 % Durchleitungsentgelte), zu 10 % aus Konzessionsabgaben und zu 5 % aus Umlagen zur Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und erneuerbaren Energien. Im europäischen Vergleich sind die Durchleitungsentgelte bei uns hoch. Zusätzlich wurde die Stromsteuer erhöht. Durch den Emissionsrechtehandel gehen zudem Opportunitätskosten auf den Strompreis über. Eine von der Regulierungsbehörde erwirkte Senkung der Durchleitungsentgelte kann leicht wieder durch eine höhere Mehrwertsteuer, höhere Gaspreise und einen weiteren Anstieg der Zertifikatepreise überkompensiert werden. Auch die Förderung der erneuerbaren Energien wirkt sich preistreibend aus, da diese Kosten von den Unternehmen auf den Strompreis überwältigt werden.

Die EU-Kommission wirft Deutschland jedenfalls völlig unzureichenden Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt vor und will die Bildung eigenständiger Konzerne für Netzbetrieb und Stromproduktion erzwingen. Dieser Wunsch Brüssels, den Markt durch die Trennung von Netz und Produktion (»Unbundling«) aufzubrechen und so für mehr Wettbewerb zu sorgen, ist wettbewerbstheoretisch völlig korrekt. Vor diesem Hintergrund hat sich E.ON zuletzt

bereit erklärt, seine Netze an Dritte zu veräußern. Vermutlich nicht ganz freiwillig, aber dennoch ein Beitrag, um den Strommarkt in Europa neu zu strukturieren. Der Energiekonzern sieht sich seit längerem damit konfrontiert, Marktmissbrauch begangen und Preisabsprachen getätigt zu haben. Der Verkauf der Netze könnte ein Zugeständnis sein, um Sanktionen im Hinblick auf Bußgelder oder einem Zwangsverkauf zu entgehen. In der Praxis stellt sich die Frage, wer tatsächlich Interesse daran haben sollte, ein renditearmes Objekt wie die Infrastruktur, die außerdem hohe Investitionen verlangt, zu erwerben und zu betreiben. Der Staat wird aus Kostengründen kaum der Erwerber sein, während professionelle Finanzinvestoren wegen des geringen Profits kaum auf das Thema anspringen werden. Im Übrigen ist zu befürchten, dass sie kaum wie geboten in die



Prof. Dr. Claudia Kemfert

Infrastruktur investieren würden, so dass die Versorgungssicherheit gefährdet wäre. Den Erwerb der Netze durch ausländische Branchenunternehmen, etwa Gazprom, mit neuen Gesetzen verhindern zu wollen, ist widersinnig. Wer Wettbewerb will, darf kapitalintensive Marktteilnehmer nicht scheuen. Letztlich ist unerheblich, wer Eigentümer der Netze ist. Entscheidend ist die Regulierung, also die Marktüberwachung, die Kontrolle der Netzentgelte, aber auch die Kontrolle der Qualität der Netze.

Die von der Bundesregierung eingebrachte Verschärfung des Kartellrechts ist zwar grundsätzlich richtig, sorgt aber nicht für mehr Wettbewerb. Der Vorschlag, unabhängige Netzunternehmen zu gründen, würde zumindest die Prozeduren erleichtern, da solche Netzunternehmen dann keine Interessen der großen Energieversorger mehr verfolgen. Um wirklich zügig mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt zu erlangen, sind folgende drei Schritte notwendig:

► Die Netze in Deutschland und Europa müssen (notfalls auch per Anordnung) ausgebaut werden. Dafür macht es Sinn, eine Netzgesellschaft zu gründen. Eine einheitliche deutsche Netzinfrastruktur stärkt den

Wettbewerb auf dem Strommarkt zu erlangen, sind folgende drei Schritte notwendig:

► Die Netze in Deutschland und Europa müssen (notfalls auch per Anordnung) ausgebaut werden. Dafür macht es Sinn, eine Netzgesellschaft zu gründen. Eine einheitliche deutsche Netzinfrastruktur stärkt den

► Fortsetzung auf Seite 42



Strommarkt: Verkauf der Netze

STÄRKEN SIE DIE GRÖSSTE RESSOURCE IHRES UNTERNEHMENS: DIE FAMILIE!

Durch Gesellschafterkompetenz gezielt die Zukunft sichern

EQUA-Forum

Ein Programm für junge und künftige Eigentümer von Familienunternehmen, die ihre Rolle aktiv gestalten wollen.

Themen & Termine

- Familie: 18. – 21. Juni 2009
- Unternehmen: 15. – 18. Okt. 2009
- Eigentum: 18. – 21. März 2010

Wir informieren Sie gerne!

EQUA-Forum
Susanna Wolf
Tel. 089 / 890 63 63 20
susanna.wolf@equa-stiftung.de

www.equa-stiftung.de



WITTENER INSTITUT FÜR
FAMILIENUNTERNEHMEN
PRIVATE UNIVERSITÄT
WITTEN/HERDECKE



EQUA | FORUM

► Fortsetzung von Seite 41

Wettbewerb, erschließt Synergieeffekte, verbessert den europäischen Energiehandel und spart Kosten. Der steigende Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung macht neue Stromleitungen erforderlich, da sich die Erzeugungszentren verschieben und die Erzeugung dezentraler wird. Daher sollten möglichst viele Anbieter Strom einspeisen bzw. neue Kraftwerke ans Netz angeschlossen werden können. Engpässe müssen künftig verhindert werden.

► Eine europäische Regulierungsbehörde muss die Kompetenzen der nationalen Regulierer stärken und Spielregeln einführen. Zudem muss sie über die Qualität der Netze wachen, den Markt kontrollieren und gegebenenfalls den Ausbau der Netze anweisen.

► Eine europäische Strombörse, an der ein Großteil des gesamten europäischen Stroms gehandelt wird, kann und muss die notwendige Transparenz schaffen.

Diese Schritte müssen baldmöglichst umgesetzt werden. Doch auch dann ist zu bedenken, dass mehr Wettbewerb nicht immer niedrige Preise garantiert. Marktpreise sind nicht automatisch niedrige Preise. Sie können durchaus steigen, wenn Kapazitäten knapp sind, die Nachfrage hoch ist oder wenn der Klimaschutz fossile Energien verteuert. Mehr Transparenz steigert aber die Versorgungssicherheit und schützt zumindest vor künstlich überhöhten (»Oligopol-«)Preisen.

Da Deutschland keine eigenen Gasquellen besitzt, sind wir vollständig auf Gas-

importe angewiesen. 44 % unserer Gaslieferungen stammen aus Russland. Da Russland die weltweit größten Vorkommen besitzt und Gas sowohl im Energie- als auch im Verkehrsbereich eine wichtige Rolle spielt, wird es der entscheidende Handelspartner für Deutschland und Europa sein.



Kanzlerin Merkel und Russlands Regierungschef Putin: Neue Gaspipeline 2010

Eine strategische Entscheidung wurde mit dem Bau der neuen Gaspipeline durch die Ostsee getroffen, die St. Petersburg und Greifswald verbinden wird. Sie kostet etwa 4 Mrd. US-Dollar und soll 2010 fertig sein. Beteiligt sind Gazprom (52 %), BASF-Wintershall (24 %) und E.ON Ruhrgas (24 %).

Der Gasmarkt leidet an zu wenig Anbietern und zu wenig Transportkapazität. Die Probleme liegen in der marktbeherrschenden Stellung der drei größten Anbieter, zudem erhalten neue Anbieter wegen mangelnder Liquidität und langfristiger Liefer-

verträge von bis zu 20 Jahren keinen Marktzutritt. Ähnlich wie beim Strommarkt wäre es wichtig, dass eine schlagkräftige Regulierungsbehörde den Netzzugang ermöglicht.

Die vor 30 Jahren eingeführte Bindung des Gaspreises an den Ölpreis ist heute nicht mehr zu rechtfertigen. Sie sollte die hohen

Investitionen in die Infrastruktur decken und Gas nicht zu billiger Konkurrenz für Öl werden lassen. Ob mehr Wettbewerb und die Aufhebung der Preiskopplung geringere Gaspreise bedingen, ist aber ungewiss, da einige Großanbieter den Markt weiterhin beherrschen. Zudem könnte der Gaspreis bei starker Nachfrage oder bei Spekulationen wie beim Öl explodieren. Nur mehr Wettbewerb auf dem Weltmarkt durch intensiveren Handel mit Flüssiggas (LNG) kann die politischen und strategischen Risiken durch die Vormachtstellung Russlands mindern. Erst also wäre der Wettbewerb zu forcieren und dann die Preisbindung aufzuheben.

Die deutsche Energiepolitik muss die Ziele Wettbewerbsfähigkeit, Klimaschutz und Versorgungssicherheit gleichrangig realisieren. Dabei können und müssen wir es uns leisten, eine nachhaltige Energiepolitik zu verfolgen und erneuerbare Energien zu fördern. Dadurch sind Marktpotentiale erschließbar, die langfristig Wettbewerbsvorteile verschaffen. Unser Land kann in diesen Zukunftsbranchen Marktführer werden. ■

Prof. Dr. Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin • Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance (HSOG), Berlin

Zusammensetzung des Strompreises (2008 in %)

